

**Zeitschrift:** Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel  
**Herausgeber:** Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel  
**Band:** 165 (1987)

**Artikel:** Die Geschichte der Basler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1914 : Band II  
**Autor:** Haeberli, Wilfried  
**Kapitel:** 3.: Die Entwicklung der lokalen Parteiorganisation  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1006835>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

zialdemokraten in den Nationalrat gewählt: die nach ihrem Führer genannte *Kapelle Greulich*, die in der Folge der sozialpolitischen Gruppe der Bundesversammlung beitrat. Nach Gruner handelte es sich um eine Art grütlianischer Honoratioren-Elite, hatten doch nur sehr gemässigte Sozialdemokraten Wahlchancen. Dies zeigte sich bei den Wahlen des Jahres 1905: Der Hochklassenkampf, die antimilitaristische Grundwelle in der Arbeiterschaft und die Ablehnung jedes Wahlkompromisses durch die SP führten zu einem bedenklichen Rückschlag; es wurden nur noch zwei Sozialdemokraten gewählt. 1908 stieg die Vertretung wieder auf sieben an, und 1911 erreichte die Fraktion mit 17 Mitgliedern und dem ersten Ständerat erstmals eine beachtliche Stärke. Zwar präsidierte *Greulich* weiterhin die Fraktion; die treibende Kraft wurde jedoch der ehemalige Basler Arbeitersekretär *Robert Grimm*. Aber erst die Einführung des *Nationalratsproporz* in der unmittelbaren Nachkriegszeit liess die SPS-Vertretung aus ihrer Rolle einer Quantité négligeable heraustreten und gestattete ihr, in der Bundesversammlung ein entscheidendes Wort mitzureden.

### 3. Kapitel: *Die Entwicklung der lokalen Parteiorganisation*

#### a) *Die Parteireorganisation von 1901*

Obschon in Basel eine richtige Bürgerkriegsstimmung erst durch den Maurerstreik von 1903 entstand, spitzten sich doch bereits um die Jahrhundertwende die Klassen-gegensätze zu. In der Sozialdemokratie empfand man die verstärkte Tätigkeit gewerblicher Kreise als Kampfansage der äussersten Rechten an die organisierte Arbeiterschaft. Seit 1900 bediente sich der bisher in seinem Vokabular so zurückhaltende Wullschleger für seine immer noch zahlreichen Artikel im «Vorwärts» immer häufiger des Schlagworts vom Klassenkampf und verstand darunter den *Klassenkampf von rechts*. Nach der niederschmetternden Verwerfung seiner Volkshaus-Motion durch den Grossen Rat im November 1900 kommentierte er: «Endlich einmal eine klare Situation. Keine Vertuschung des Klassenkampfs mehr. Der Staat ist kapitalistischer Klassenstaat!» Es gelte, die Herausforderung zurückzuzahlen, der Weg dazu sei der umfassende Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation.<sup>1)</sup>

Die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung war durch die Errichtung eines vollamtlichen Arbeitersekretariats bereits erfolgt. Noch vor der Neuorganisation der SPS durch die «Solothurner Hochzeit», aber im Blick darauf, wurde die *Umbildung der lokalen Partei in Angriff* genommen. Am 5. März 1901 nahm eine Parteiversammlung die neuen Statuten an.<sup>2)</sup>

Sie brachten zahlreiche Neuerungen. So wurden nun Ausländer als Passivmitglieder zugelassen, zwar ohne Stimmrecht bei politischen Fragen, aber mit dem Recht, über die Verwendung der Partiegelder mitzubefinden. Die in der SPS seit 1891 vorwiegende *indirekte Struktur* wurde nun auch von der lokalen Partei übernommen:

Organisatorische Grundlage wurden die Parteivereine. Den Grütlivereinen und den Allgemeinen Arbeitervereinen gewährten die Statuten weitgehende Autonomie, ausdrücklich überbanden sie ihnen das sozialpolitische Bildungswesen. Die Quartierorganisationen hatten sich an ein gleichzeitig mit den Statuten erlassenes Reglement zu halten und sollten sich insbesondere der Quartierpolitik annehmen. Als Parteimitglieder wurden sämtliche Mitglieder der Parteivereine anerkannt.

Als Organe der Gesamtpartei waren vorgesehen: die Parteiversammlung, das Parteikomitee, die Rechnungsrevisoren und die Grossratsgruppe. Die Parteiversammlung wurde gegenüber 1896 wieder aufgewertet, wie 1890 setzte sich das Prinzip der *direkten Demokratie* in der Partei durch. Die Grossratsfraktion erhielt nun auch die iure das Antragsrecht an den Parteiversammlungen. Der durch den Ausbau der Quartiervereine notwendig gewordenen Dezentralisierungstendenz schuf man dadurch ein Gegengewicht, dass man auf das Sektionsprinzip der frühen neunziger Jahre zurückgriff. Die beiden Parteibezirke (Grossbasel und Kleinbasel mit den Landgemeinden) waren mit ihrem von der Parteiversammlung gewählten Büro im Parteikomitee vertreten und damit für die Durchführung von Parteiaktionen in ihrem territorialen Umkreis prädestiniert. Der Bezirk bildete aber auch die Grundlage der Vertrauensmännerversammlung, die auf eine breitere Basis gestellt wurde.

Die neue Parteiorganisation offenbarte das Bestreben, das Parteileben im übersehbaren, *kleinen Rahmen zu aktivieren*, anderseits aber diese Tätigkeit zu koordinieren. Zellen waren die Parteivereine, die Bezirksorgane förderten deren Bestrebungen und versuchten sie zur Übereinstimmung zu bringen, die Organe der Gesamtpartei schliesslich hatten die Aufgabe, einen einheitlichen Parteiwillen zu formen und ihn in die Tat umzusetzen.

Die *Koordination* beschränkte sich aber nicht auf die eigentliche Parteiorganisation. In den Statuten ist ein besonderer Abschnitt dem Verhältnis der Partei zu verwandten Organisationen gewidmet, nämlich der Presseunion des «Basler Vorwärts», dem Arbeiterbund mit seinem Arbeitersekretariat, der Gewerkschafts- und der Genossenschaftsbewegung. Sie alle sollten eng mit der Partei verbunden werden. So wurde dem *Arbeiterbund* eine Doppelvertretung im Parteikomitee eingeräumt; mit derselben Zahl war die Partei im Ausschuss des Arbeiterbunds vertreten. Gewerkschaften, welche die Grundsätze der Sozialdemokratie anerkannten, konnten sich in der Vertrauensmännerversammlung jedes Parteibezirks durch ein Mitglied vertreten lassen. Damit erhielt das gewerkschaftliche und – zusammen mit der Schaffung von Passivmitgliedern – auch das ausländische Element Zugang zur Willensbildung in der Partei. Ob sich dieser folgenschwere Schritt zum Vor- oder zum Nachteil der Bewegung auswirken würde, mussten die folgenden Jahre erweisen.

Der Abschnitt über die Parteifinanzen unterschied bei den Einnahmen – wie bisher – zwischen obligatorischen und freiwilligen Beiträgen und Erträgnissen aus Veranstaltungen. Zu obligatorischen Beiträgen waren neben den wenigen Einzelmitgliedern die Quartiervereine verpflichtet: Sie hatten von ihren Mitgliedern einen Monats-

beitrag von 30 Rappen zu erheben und ein Drittel davon vierteljährlich der Partei abzuliefern. Von den übrigen Parteivereinen wurden keine fixen Beiträge gefordert, sofern sie dem Arbeiterbund angehörten und mithalfen, das Arbeitersekretariat zu unterstützen, doch machte man ihnen freiwillige jährliche Pauschalbeiträge zur moralischen Pflicht.<sup>3)</sup>

Ein halbes Jahr nach der Statutenrevision konnte der «Vorwärts» einen bedeutenden *Aufschwung des Parteilebens* feststellen.<sup>4)</sup> Die SP umfasste nun 11 Parteivereine, worunter sieben Quartierorganisationen.<sup>5)</sup> Die Reorganisation war einmal mehr unter der Führung Wullschlegers durchgeführt worden, der sich für die Jahre 1900/1901 erneut zum Parteipräsidenten hatte wählen lassen.<sup>6)</sup> Schon im September 1900 war überdies nach deutschem Vorbild die zukünftige Agitationstätigkeit neu organisiert worden. In jedem der 94 Agitationsbezirke hatten fortan zwei tüchtige Genossen für den «Vorwärts» zu werben und bei politischen Aktionen Flugblätter zu verteilen.<sup>7)</sup> Kein Zweifel: Die Partei war für die kommenden Kämpfe gerüstet!

### *b) Mitgliederbewegung*

Die sozialdemokratischen Bewegungen West- und Mitteleuropas weisen ausnahmslos die *Tendenz zur Massenpartei* auf. Da ihre Mitglieder nur ganz selten führende wirtschaftliche und soziale Positionen einnahmen und daher als einzelne kaum Einfluss auf das öffentliche Leben besasssen, blieb nur die Zuflucht zur grossen Zahl übrig. Dies galt auch für die Parteifinanzen. Sie waren im wesentlichen auf den obligatorischen Mitgliederbeiträgen aufgebaut und – da diese beim damaligen Lebensstandard der Arbeiter tief angesetzt werden mussten – deshalb nur bei hohem Mitgliederstand für den politischen Kampf ausreichend.

Verglichen mit der Gesamtzahl der Arbeiterschaft Basels ist das immer wieder angestrebte Ziel einer Massenorganisation bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs nie erreicht worden. Als die lokale Parteiorganisation im Januar 1902 in aller Form der reorganisierten Landespartei beitrat, zählte sie rund 500 Mitglieder, d.h. ungefähr ein Viertel der damaligen sozialdemokratischen Wählerstimmen.<sup>8)</sup> Der 1905 voll ausbrechende Klassenkampf und eine im ganzen geschickte Agitation liessen die Mitgliederzahl bis 1908 auf etwa 1000, bis Ende 1912 auf 2200 ansteigen<sup>9)</sup>, was mehr als 40% der Wählerstimmen bei den letzten Nationalratswahlen entsprach. Dann erfolgte ein Stillstand; bei Kriegsausbruch zählte die Partei 2265 Mitglieder.<sup>10)</sup>

Zu diesem Zeitpunkt umfasste der Arbeiterbund offiziell rund 10 000 Mitglieder, de facto schätzungsweise 8000. Es war also *nur jeder vierte gewerkschaftlich Organisierte Mitglied der Partei*, da umgekehrt etwa 200 Parteimitglieder keiner Gewerkschaft angehörten. Zu den schon andernorts erwähnten Hindernissen der organisatorischen Erfassung gesellten sich weitere: die *Konkurrenz* der immer stärker aufkommenden *katholischen Arbeiterbewegung*, die immer bedenklichere Formen annehmende *Teuerung* in den letzten sechs Jahren vor Kriegsausbruch, die viele Sym-

pathisanten aus finanziellen Gründen vor dem Beitritt zur Partei zurückschrecken liess, und die sich im Zeitalter des Hochklassenkampfs verstärkende *Angst vor der Entlassung*. Als *Rekrutierungsfeld* kamen ausser der Arbeiterschaft nur noch die Angestellten und die Intellektuellen in Frage. Um die *Angestelltenschaft* bemühte sich die Partei sehr intensiv, aber nur mit geringem Erfolg, nicht zuletzt wegen der Konkurrenz der Demokratischen Partei. Zwar stellten die eidgenössischen und kantonalen Angestellten einen beträchtlichen Teil der sozialdemokratischen Wählerschaft, und auch mancher Privatangestellte mochte der SP infolge ihres konsequenten Eintretens für die lohnabhängigen Schichten und die Konsumenten die Stimme geben. Den entscheidenden Schritt – die Erwerbung der Parteimitgliedschaft – vollzogen jedoch nur wenige, sei es, dass sie nicht als «Rote» gelten wollten, sei es, dass sie das Klassenkampfvokabular gewisser Parteigrössen abschreckte oder dass sie als «Stehkragenproletarier» bei der eigentlichen Arbeiterschaft auf Misstrauen stiessen. Ähnlich verhielt es sich mit den *Intellektuellen*. Zu Ende der hier behandelten Epoche dürfte die Sozialdemokratie ein knappes Dutzend Lehrer und vereinzelte Advokaten und Ärzte umfasst haben; eine kleine Gruppe von Studenten taucht erst seit etwa 1910 auf.

### c) Die Entwicklung der Quartiervereine

Das Anwachsen der Gesamtmitgliederzahl der Partei war identisch mit jenem der Quartiervereine; die übrigen Parteivereine fielen daneben nicht ins Gewicht. Die Anzahl dieser Quartiervereine erfuhr bis 1914 keine Änderung. Der zu Beginn des Jahrhunderts gegründete St. Alban-Quartierverein ging mit dem Austritt seines Präsidenten Rudolf Schweizer aus der Partei bald wieder ein, wurde aber im April 1904 unter dem Namen «Sozialdemokratischer Quartierverein St. Alban und Breite» neu gegründet.<sup>11)</sup> Der Quartierverein St. Johann machte um die Jahrhundertwende eine Krise durch. Aus seinen Trümmern bildete Wassilieff im Herbst 1901 den *Arbeiterverein St. Johann*.<sup>12)</sup> Dieser wurde zu einer Art von politischer Hausmacht des streitbaren Arbeitersekretärs. Nach dessen Wegzug von Basel nahm er zwar die ursprüngliche Bezeichnung als Quartierverein wieder auf, bildete aber weiterhin *innerhalb der Partei die Linke*, was sich auch darin dokumentierte, dass er als einziger Quartierverein seine Mitgliedschaft beim Arbeiterbund beibehielt. Der noch Ende des 19. Jahrhunderts entstandene Arbeiterverein Kleinhüningen fusionierte 1912 mit dem Horburgquartierverein. Obschon sich die Horburger bemühten, die Interessen des Hafenquartiers zu wahren, erwies sich die Ehe nicht als glücklich.<sup>13)</sup>

Zahlenmässig nahmen unter den sieben Quartiervereinen derjenige des Horburg- und jener des Stadtquartiers eine Ausnahmestellung ein. Während die Quartierorganisation der Arbeiterhochburg in Kleinbasel ihre Mitgliederzahl von 150 zu Ende des Jahres 1902 auf über 600 bis zum Kriegsausbruch zu steigern vermochte,<sup>14)</sup> blieb der Stadtquartierverein auf knapp zwei Dutzend Mitgliedern stehen.<sup>15)</sup> Die übrigen Quartiervereine zählten in den Jahren 1912–14 zwischen 200 und 300 Mitgliedern, mit

Ausnahme der Quartierorganisation St. Alban-Breite, die rund 140 Parteigenossen umfasste. Wie bei den Gewerkschaften war auch bei den Quartiervereinen die Zahl der Mutationen gross.<sup>16)</sup>

Da Mitgliederverzeichnisse fehlen, lässt sich die *soziale Struktur der Quartiervereine* nicht mehr feststellen. Berufsanalysen bei Neueintretenden<sup>17)</sup> weisen auf gewisse quartiermässig bestimmte Unterschiede hin. So fehlt im Quartierverein St. Alban-Breite das intellektuelle Element bis zum Beitritt Gustav Wenks, des nachmaligen Regierungs- und Ständerats, ganz; auch ist hier der Anteil der Tagelöhner, Fabrikarbeiter und Staatsarbeiter besonders gross.<sup>18)</sup> Beim Quartierverein Spalen fällt der relativ beträchtliche Anteil der Angestellten, Studenten und Lehrer auf.<sup>19)</sup> Unter den rund 80 zwischen Februar und April 1910 dem Quartierverein Horburg neu Beitreten waren 30 Berufsarbeiter, 20 ungelernte und Fabrikarbeiter, 18 Staatsarbeiter oder -angestellte, 5 Parteiwirte und 4 Selbständige.<sup>20)</sup> Daraus abzuleiten, dass die sozial gehobene Schicht hier völlig fehlte, wäre abwegig: Nicht wenige der in der Partei führenden Intellektuellen, Beamten, höheren Angestellten und Parteifunktionäre hatten im Quartier Wohnsitz und gehörten eo ipso dem Quartierverein an.

Über die Anzahl der seit 1901 als Passivmitglieder zugelassenen *Ausländer* in den Quartiervereinen besitzen wir keine Unterlagen ausser einem Hinweis des Horburgs quartiervereins von 1909, dass ein Achtel seiner Mitglieder ausländischer Herkunft sei,<sup>21)</sup> und einer Angabe des Quartiervereins Spalen, wonach er 1910 20% Ausländer umfasste.<sup>22)</sup> Eine Rolle haben die vornehmlich deutschen Genossen in den Quartierorganisationen nie zu spielen vermocht.

Der Versammlungsbesuch liess allgemein zu wünschen übrig, in den Protokollen tauchen immer wieder entsprechende Klagen der Vereinspräsidenten auf. Nur Generalversammlungen oder ein besonders bekannter Referent mit einem aktuellen Thema konnten die Mitglieder mobilisieren. Fand sich ausnahmsweise ein Viertel aller eingeschriebenen Mitglieder ein, so wurde dies bereits als grosser Erfolg gefeiert; im Durchschnitt nahm nur ein Sechstel der Mitglieder an den gewöhnlichen Sitzungen teil. Nicht selten mussten die wenigen Treuen unverrichteter Dinge wieder den Heimweg antreten, wenn der Vorstand die Mehrheit der Anwesenden stellte. Das war umso verwunderlicher, als das alte Übel des Zusammenfalls von mehreren Parteianlässen beseitigt war, seitdem der Dienstag als «Parteitag» galt. Bedenklich stand es weiterhin mit der Pünktlichkeit: Nicht selten konnten Versammlungen, deren Beginn auf 20<sup>15</sup> festgesetzt war, erst um 20<sup>45</sup> eröffnet werden. Es war ein schwacher Trost, dass die Dinge bei den Gewerkschaften im allgemeinen noch schlechter standen.

Die *Hauptaufgabe* der Quartiervereine bestand in der *Agitation* und in der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen; darüber wird an anderer Stelle die Rede sein. Im übrigen kam ihnen beträchtliche Bedeutung für das *sozial-politische Bildungswesen* zu, obschon die Statuten diese Aufgabe vor allem den Grütlivereinen und Allgemeinen Arbeitervereinen zuwiesen. Verfügten die Quartiervereine über eigene qualifizierte Kräfte, wie etwa der Horburgquartierverein mit seiner

Ansammlung von Parteigrössen oder der Spalenquartierverein, dem der Advokat Dr. Knörr und der Adjunkt des Statistischen Amtes Hans Joneli angehörten, so war auf Jahre für ein ansprechendes Niveau der Versammlungen gesorgt. War dies nicht der Fall, so musste man sich mit Referenten aus andern Stadtteilen oder von auswärts behelfen. Was hier Sachkenner an Informations- und Bildungsarbeit geleistet haben, lässt sich kaum überbewerten. Umso bedenklicher war es, dass nicht nur die Unorganisierten davon ausgeschlossen waren, sondern dass auch die Mehrzahl der Parteigenossen zu bequem waren, den kurzen Weg zum Parteilokal unter die Füsse zu nehmen, wenn ihnen kein unmittelbarer Nutzen daraus erwuchs.

#### *d) Der Grütliverein im Niedergang*

Seit der Reorganisation von 1901 gehörten die beiden Basler Grütlivereine der Sozialdemokratie auch organisatorisch an. Von den Quartiervereinen wegen deren geringeren Mitgliederbeiträgen stark konkurreniert und auch in der politischen Tätigkeit in den Schatten gestellt, wurden sie immer mehr zur *Quantité négligeable*.<sup>22a)</sup> Während die Grossbasler Sektion ihre Mitgliederzahl von 110 im Jahre 1900 bis 1908 leicht zu vermehren vermochte, sank jene des Kleinbasler Schwestervereins im selben Zeitraum von 30 auf 19 ab.<sup>23)</sup> Schliesslich gehörten der Sektion fast nur noch langjährige Mitglieder der Kranken- und Sterbekasse an. 1909 löste sich die Grossbasler Sektion aus nicht mehr genau zu bestimmenden Gründen auf.<sup>24)</sup> Eine offenbar mit diesem Beschluss nicht einverstandene Minderheit gründete noch im selben Jahr – unter Einbezug der Trümmer der Kleinbasler Sektion – den Verein neu unter dem Namen «*Grütliverein Basel*». Er zählte in den letzten Vorkriegsjahren rund 100 Mitglieder.<sup>25)</sup> Die führenden Männer der Jahrhundertwende scheinen ihm nicht mehr angehört zu haben.<sup>26)</sup>

Die alte Tradition, dass Männer, die in der Sozialdemokratie eine Rolle zu spielen gewillt waren, der Partei über die Grütlisektion Grossbasel beitreten, hatte auch in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts noch Geltung.<sup>27)</sup> Zwischen 1900 und 1906 nennen die Protokolle als Neueintretende unter andern Dr. Wassilieff, Dr. Hans Müller, Hans Frei, Eduard Forster, Bernhard Jaeggi, Arnold Jeggli, Rudolf Bolliger, Emil Düby, Dr. Knörr, Anton Rimathé und August Strub. Auch die Gebrüder Blöcher waren Grütlianer. Zusammen mit den alten Kämpfen der achtziger und neunziger Jahre umfasste der Grütliverein damit die gesamte Parteielite.<sup>28)</sup> Die Überlastung der in Partei, Arbeiterbund und Genossenschaftsbehörden führenden Grütlianer war aber weiterhin derart, dass für den Stammverein nur noch wenig Lust und Zeit übrig blieb. Da ihn die ausländischen Genossen mieden, bildete er, neben der Grossratsfraktion, den Ort, wo man sich unter Schweizern finden und den ausländischen und gewerkschaftlichen Angriffen auf die Parteiführung gegenüber eine eigene Kampfstrategie aufbauen konnte. Die intime Vereinsatmosphäre bot im übrigen die Möglichkeit, Konflikte zwischen Parteigenossen in persönlicher Aussprache beizulegen.<sup>29)</sup>

Als Hauptaufgabe wiesen die Parteistatuten von 1901 den Grütlivereinen die *sozialpolitische Bildung* der Parteigenossen zu. Im Gegensatz zur Kleinbasler Sektion ist der Grütliverein Grossbasel dieser Pflicht weitgehend nachgekommen. Einen letzten Höhepunkt erreichte das geistige Leben im Verein unter der Führung von Dr. Hans Müller im Jahre 1902. Die interne Parteikrise der folgenden Jahre, das allmähliche Eingehen der Nebenorganisationen, die immer neuen Schwierigkeiten mit dem Grütlheim, die 1908 zu dessen Liquidation führten, schliesslich der Wegzug des tüchtigen letzten Präsidenten Rudolf mögen zur Auflösung der Sektion beigetragen haben.<sup>30)</sup> Entscheidend dürfte aber gewesen sein, dass den Grütlivereinen *keine selbständige politische Aufgabe mehr* verblieb.<sup>31)</sup> Die Zeit, da sie die Politik der «Arbeiterpartei» bestimmt hatten, war endgültig vorbei. Die wichtigen Entscheide fielen jetzt in den Parteiorganisationen im engeren Sinn – weitgehend durch Grütlianer! Der 1909 neu entstandene Grütliverein hat bis 1914 politisch in der Sozialdemokratie keine Rolle mehr gespielt.

1844 als nationaler Handwerkerbildungsverein gegründet, hat sich der Grütliverein Basel unter dem Einfluss Wilhelm Kleins früh zu einem Vortrupp der demokratischen Bewegung entwickelt. Als die soziale Frage in den Vordergrund trat, griff er sie auf, ohne seiner bisherigen nationalen und demokratischen Tradition untreu zu werden. Lange zwischen dem Linksfreisinn und der Sozialdemokratie schwankend, wurde er schliesslich durch Eugen Wullschleger der modernen Arbeiterbewegung zugeführt und bildete fortan deren rechten Flügel, wobei er für die politische, schweizerische und evolutionäre Lösung der Arbeiterfrage eintrat. 1901 Parteiorganisation geworden, machte er in den folgenden Jahren den *Radikalisierungsprozess* mit. Im Kampfjahr par excellence, 1905, nahm er erstmals nicht mehr am St. Jakobsfest teil; jetzt wurden auch im friedlichen Grütlheim die Klassenkampfparolen verkündet.<sup>32)</sup> Mochte diese Wandlung auch durch das Verhalten des Rechtsbürgertums provoziert sein, so war der Grütliverein doch seiner traditionellen Politik der Versöhnung untreu geworden und verlor damit jeden Anspruch auf selbständige Existenz. Erst in der unmittelbaren Nachkriegszeit fand er zu einer eigenen, seinen alten Traditionen gemässen Politik zurück, sollte damit aber wenig Erfolg haben. Dass er jedoch in den Zeiten des heftigsten Klassenkampfs und des aufkommenden Antimilitarismus an der Landesverteidigung festhielt,<sup>33)</sup> beweist, dass in ihm *das alte nationale Erbe* noch weiterlebte. Als der Krieg ausbrach, stand die aus dem Grütliverein hervorgegangene sozialdemokratische Führerschaft auf dem gemeinsamen nationalen Boden.

#### e) Der Deutsche Arbeiterverein

Der älteste Arbeiterverein Basels, seit Jahrzehnten eine Bastion der Sozialdemokratie, blieb auch im neuen Jahrhundert ein *Mittelpunkt sozialistischer Gesinnung*. Mit 200–300 Mitgliedern<sup>34)</sup> etwa gleich stark wie die Mehrzahl der Quartiervereine, zählte er *zahlreiche Nichtdeutsche* zu seinen treusten Anhängern. So gehörten ihm

1905 45 Schweizer, 25 Österreicher und Ungarn, 23 Dänen und 6 Russen an.<sup>35)</sup> Wie *organisationsbewusst* die Mitglieder, fast ausschliesslich qualifizierte Arbeiter aus Industrie und Gewerbe, waren, geht aus einer Statistik des Jahres 1907 hervor. Danach gehörten rund 90% einer Gewerkschaft an, und fast alle Verheirateten waren Mitglieder der lokalen Konsumgenossenschaft.<sup>36)</sup>

Hauptanziehungspunkte blieben weiterhin die Speiseassoziation und das rege geistige Leben des Vereins. Seit 1898 besass er ein *eigenes Heim*, das «Rebhaus» an der Riehentorstrasse. Im Parterre wurde eine Restauration in Regie betrieben, im ersten Stock befanden sich der Lesesaal und das zugleich als Versammlungssaal benutzte Lokal der Speiseassoziation.<sup>37)</sup> Hier wurde nicht nur für das leibliche Wohl der Mitglieder gesorgt, sondern auch heftig debattiert. Besondere Berühmtheit erlangte die «Fensterkommission», ein spontan entstandener Diskutierklub, dem unter andern Friedrich Heeb, der nachmalige Redaktor des Zürcher «Volksrechts» und Historiograph der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung, und der blutjunge spätere Führer der Basler Sozialdemokratie Friedrich Schneider angehörten.<sup>38)</sup> Dieser hat später bezeugt, dass er die entscheidenden Bildungsanregungen im «Rebhaus» empfangen habe. Die zahlreichen Referate, die von deutschen und einheimischen Parteigrössen<sup>39)</sup> gehalten wurden, fanden hier ein kritisches und leidenschaftlich interessiertes Publikum, ganz im Gegensatz zu jenem der schweizerischen Parteivereine.

Ideologisch stand der Deutsche Arbeiterverein auf dem *linken Flügel der Basler Arbeiterbewegung*. Das Schlagwort vom Massenstreik war Trumpf, der Revisionismus der deutschen Parteiführung wurde abgelehnt, umso mehr Verehrung genossen die Vertreter der radikalen Richtung, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.<sup>40)</sup> Nicht wenige der besten Köpfe kamen geistig vom Anarchismus her, und die Debatten über die richtige Lehre nahmen kein Ende. Einig war man sich im grundsätzlichen *Mistrauen gegenüber der politischen Arbeiterbewegung*, den Basler Parteiführern warf man zudem Revisionismus und Opportunismus vor. Das hinderte den Verein allerdings nicht, 1912 der SP beizutreten. Besonders schlecht war man auf das Parteiorgan zu sprechen, dem man Mangel an Niveau und Kampfgeist vorwarf. Anstoss erregte zudem die Veröffentlichung des Kirchenzettels, was 1902 sogar zu einem zeitweiligen Boykott des Blattes führte.<sup>41)</sup> Dagegen trat der Verein 1904 wieder dem Arbeiterbund bei, nachdem sich dieser unter dem Einfluss Wassilieffs radikaliert hatte.<sup>42)</sup>

Höhepunkte des Vereinslebens bildeten das vom Landesverband veranstaltete internationale Treffen vom August 1902 im Kasernenhof,<sup>43)</sup> die festliche Einweihung des Herwegh-Denkmales in Liestal im Jahre 1904 und die Feier des 75jährigen Jubiläums im Jahre 1907.

Die *agitatorische Tätigkeit in der elsässischen und badischen Nachbarschaft*, vor allem bei Reichstagswahlen, fand ihre Fortsetzung und hatte nachweisbare Wirkung.<sup>44)</sup>

Als der Krieg ausbrach, teilte die Mehrzahl der Mitglieder die Begeisterung der übrigen Deutschen in Basel. Die meisten wurden unter die Waffen gerufen; unter jenen, die nach Kriegsende zurückkehrten, fanden viele den Rückweg zur Sozial-



Das «Rebhaus», Riehentorstrasse 11. Seit 1898 im Besitz des Deutschen Arbeitervereins

demokratie nicht mehr. Der Verein hat diesen Schlag nicht zu überwinden vermocht; *Anfang der zwanziger Jahre ging er ein.*<sup>45)</sup> Dieses unrühmliche Ende spiegelt die *schicksalshafte Tragik* der internationalen sozialistischen Bewegung wider, die am überbordenden Nationalismus zerbrach. In den breiten Schichten der schweizerischen Arbeiterbevölkerung hat der traditionsreichste und rübrigste aller Basler Arbeitervereine nie viel Sympathie besessen, verband sich doch in ihnen das Misstrauen gegen alles Fremde oft genug mit dem Neid gegenüber den beruflich erfolgreicheren und besser gebildeten deutschen Arbeitern.

#### *f) Die übrigen Parteivereine*

Die Statuten von 1901 sahen als Basiselemente der Partei neben den Quartiervereinen auch allgemeine, d.h. nichtgewerkschaftliche Arbeitervereine vor; sie gewährten ihnen weitgehende Autonomie. Solche Vereinigungen gab es in Basel bis 1914 in beträchtlicher Zahl, doch fehlen für die meisten unter ihnen alle quellenmässigen Unterlagen. Fast ausnahmslos Mitglieder des Arbeiterbunds, standen sie mit wenigen Ausnahmen in einem so losen Verhältnis zur Partei, dass sie dieser nur mit Vorbehalt zugezählt werden dürfen.

Der *sozialdemokratische Club «Vorwärts»* vermochte zwar dank seiner aktivsten Mitglieder Jeck und Nesselbosch weiterhin ein relativ bedeutendes geistiges Niveau zu halten, blieb aber auf dem winzigen Mitgliederbestand der Jahrhundertwende stehen.<sup>46)</sup> In der Partei gering geachtet, wurde er zum Parteigänger Wassilieffs, dessen Atheismus bei den führenden Mitgliedern Anklang fand. In den neuen Statuten des Jahres 1905 stellte sich der Verein ausdrücklich auf den Boden des Marxismus und des Klassenkampfs und machte es sich zur Aufgabe, die reformistische Richtung innerhalb der Partei zu bekämpfen.<sup>47)</sup> Er kam aber nicht mehr dazu. Nach dem Tod des Parteiveteranen Baumann und Wassilieffs Wegzug löste er sich Ende des Jahres auf.<sup>48)</sup>

Dem um die Jahrhundertwende gegründeten<sup>49)</sup> *sozialdemokratischen Arbeiterabstinentenverein* schlug aus Parteikreisen zunächst unverhohlenes Misstrauen entgegen.<sup>50)</sup> Das änderte sich, als ihm nach und nach bedeutende Parteimitglieder beitrat, darunter die Akademiker Brüder Blocher und Dr. Walter Strub – und erst recht, als das 1905 eröffnete Johanniterheim unter Führung von Heinrich Gass zum vorläufigen Ersatz für das vergeblich geforderte Volkshaus wurde.<sup>51)</sup> Innerhalb der Partei war vor allem Dr. Hermann Blocher ein unbequemer Warner gegen die Trinksitten der Arbeiterschaft; im Arbeiterbund unterstützte ihn in diesem Kampf der ebenfalls abstinent Arbeitersekretär Dr. Wassilieff. Wenn der Alkoholkonsum bei der organisierten Arbeiterschaft allmählich zurückging und konsumationsfreie Sitzungen schliesslich zur Norm wurden, so war das ausschliesslich das Verdienst von Männern, die ihre sozialdemokratische Überzeugungstreue mit jener der unbedingten Abstinenz zu vereinigen wussten.

Die 1894 gegründete *Vereinigung italienischer Sozialisten* war auch 1914 noch intakt, eine wahrscheinlich kurz vor der Jahrhundertwende entstandene entsprechende Organisation der Tessiner hörte nach wenigen Jahren zu bestehen auf.

Die Allgemeinen Arbeitervereine Kleinhüningen und St. Johann gingen schliesslich in den Quartierorganisationen der Partei auf.

Ein die Quartierorganisationen konkurrenzender, kurz vor 1907 entstandener Arbeiterverein Kleinbasel versuchte vergeblich, sich der Partei und dem Arbeiterbund anzuschliessen.<sup>52)</sup> 1909 ging er sang- und klanglos ein.<sup>53)</sup>

Dagegen vermochte sich der 1902 auf Initiative Wassilieffs gegründete *Arbeiterverein Riehen* bei kleinem Bestand zu halten.<sup>54)</sup> Durch die Person von Grossrat August Strub war er eng mit der Partei verbunden.

In den letzten Vorkriegsjahren taucht ein Verein russischer Sozialisten – wahrscheinlich eine Emigrantenorganisation – auf. Er wurde von den Quartiervereinen finanziell unterstützt, trat aber nicht an die Öffentlichkeit.<sup>55)</sup>

#### *g) Die Frauenorganisationen*

Um die Jahrhundertwende war erst ein *geringer Teil der weiblichen Arbeiterschaft Basels* in den beiden Arbeiterinnenvereinen *organisiert*. Die intensiven Bemühungen des Arbeitersekretärs, die Fabrikarbeiterinnen besser zu erfassen und auch andere Berufskategorien zu gewinnen, blieben zunächst ohne Erfolg.<sup>56)</sup> Auch dieser gewiegte Agitator stiess an die *Grenzen*, die *der Organisierbarkeit der Frauen* in der Vorkriegszeit gesetzt waren. Als schweres Hindernis erwies sich der grosse Anteil der Jugendlichen unter den Fabrikarbeiterinnen Basels, da dieser Alterskategorie die Einsicht in die Notwendigkeit der Solidarität fehlte. Ebenso ungünstig wirkte sich der grosse Prozentsatz der ungelernten Arbeiterinnen aus, war damals doch die Überzeugung noch vorherrschend, dass es sich für Mädchen im Hinblick auf ihre wahrscheinliche Verheiratung nicht lohne, eine eigentliche Lehrzeit durchzumachen. Der Umstand, dass die Arbeit der jungen Arbeiterin und Angestellten nur als Übergangsstadium erschien, beeinträchtigte die Organisierbarkeit stark, umso mehr als für die Proletarierin eine gewisse, wenn auch schwache Möglichkeit bestand, durch die Verheiratung in eine höhere soziale Schicht aufzusteigen. Diese Chance verspielte sie aber, wenn sie sich ihren nicht dem Arbeiterstand angehörenden männlichen Freunden als Gewerkschafterin zu erkennen gab. Dazu kam, dass die Mädchen zu jener Zeit fast allgemein dazu erzogen wurden, sich ausschliesslich um die Familie zu kümmern. Die Überzeugung herrschte auch in Arbeiterkreisen vor, es sei den geselligen Bedürfnissen ihrer Töchter mit dem Beitritt zu einem Gesangverein Genüge getan. Geistige Bedürfnisse der jugendlichen und der verheirateten Arbeiterin wurden in den seltensten Fällen anerkannt. Eine weitere Erschwerung der Organisierbarkeit der Frauen stellte deren meist geringe Entlohnung dar, wozu noch die bei den Arbeiterinnen damals übliche strenge Überwachung der Ausgaben durch die Eltern oder Ehemänner

trat, ganz abgesehen davon, dass der Versammlungsbesuch bei den damals vorherrschenden Arbeitszeiten nicht nur für die erwerbstätigen Mütter, sondern auch für deren Töchter wegen der häuslichen Pflichten oft fast zur Unmöglichkeit wurde.<sup>57)</sup> In Basel mochten das Klassenkampfvokabular und der Atheismus, mit welchen Wassilieff auch vor weiblicher Zuhörerschaft nicht zurückhielt, schliesslich auch jene stutzig machen, die grundsätzlich bereit gewesen wären, sich einer – gewerkschaftlichen oder politischen – Arbeiterinnenorganisation anzuschliessen. Wenn die *beiden Arbeiterinnenvereine* 1904 mit je 80 eingeschriebenen Mitgliedern einen bisher noch nie erreichten Stand aufwiesen<sup>58)</sup>, so war das Missverhältnis der organisierten gegenüber den nichtorganisierten Arbeiterinnen doch in die Augen springend.

Die folgenden Jahre brachten dem Stauffacherinnenverein einen ständigen Mitgliederrückgang, dem Arbeiterinnenverein Stillstand.<sup>59)</sup> Hauptursache war die *Reorganisation des Verbands schweizerischer Arbeiterinnenvereine im Jahr 1905*. Danach sollten Berufsarbeiterinnen, für deren Berufe spezielle schweizerische, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung fassende Berufsverbände bestanden, in erster Linie der Organisation ihrer Berufskollegen beitreten, während der Arbeiterinnenverband die berufslosen Arbeiterfrauen und Angehörige solcher Berufe organisieren wollte, die von der Gewerkschaftsbewegung noch nicht ergriffen waren.<sup>60)</sup> Damit wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass nun, zum Teil infolge des Einflusses der Arbeiterinnenvereine selbst, die allgemeine Gewerkschaftsbewegung den Frauen in höherem Masse zugänglich war als zur Zeit der Entstehung der Arbeiterinnenvereine.

Unerquicklich waren die *finanziellen Verhältnisse* der beiden Basler Arbeiterinnenorganisationen. Den ausschliesslich aus Mitgliederbeiträgen resultierenden Einnahmen standen bedeutende Pflichtbeiträge an den Verband und dessen Organ, an den Arbeiterbund Basel und an den 1900 gegründeten Bund Schweizerischer Frauenvereine gegenüber, dem sich der Arbeiterinnenverein während einiger Jahre anschlossen hatte.<sup>61)</sup> Umso höher muss die *Solidarität* der beiden Organisationen im Arbeitskampf bewertet werden, die sich in Beiträgen an in- und ausländische Streikende manifestierte.<sup>62)</sup> Auch liess es der Arbeiterinnenverein nicht an gelegentlichen Zuschüssen an die kantonale Parteikasse fehlen, die zwar in bescheidenem Rahmen blieben, aber doch dazu beitrugen, aus der Wahlpropaganda entstandene Defizite zu decken.<sup>63)</sup>

Wie gross der Opfermut der organisierten Arbeiterinnen Basels auch war, wenn es sich um unauffällige Hilfsaktionen handelte, so *scheuten* doch viele Vereinsmitglieder *vor öffentlichen Aktionen zurück*. Zwar lässt sich die Teilnahme der beiden Vereine etwa an den grossen Kundgebungen des Jahres 1906 – der Feier zur Ehrung der Opfer während der russischen Revolution, der 1. Mai- und der «roten» St. Jakobfeier – nachweisen.<sup>64)</sup> Doch konnte sich immer nur eine kleine Zahl von Getreuen zum Mитmarschieren und Demonstrieren entschliessen; die Mehrzahl der Mitglieder wagte nicht, öffentlich Farbe zu bekennen.<sup>65)</sup>

Die nachhaltigste Leistung dürften die beiden Arbeiterinnenvereine wohl auf dem

Gebiete des *Bildungswesens* erbracht haben. Waren die Vorträge in den ersten Vereinsjahren noch vorwiegend von Männern gehalten worden, so kamen jetzt ebenso häufig Frauen zum Zug. Die Unermüdlichste und zugleich Kompetenteste von allen war *Marie Tabitha Schaffner*, Mitglied des Stauffacherinnenvereins und erste weibliche Angestellte des Gewerbeinspektors. Mit Quellen aus erster Hand ausgestattet, war sie bei allen sozialpolitischen Fragen in der Lage, aus dem vollen zu schöpfen. Ohne angeborenes Rednertalent – die ersten Referate las sie vom Manuskript,<sup>66)</sup> – wurde sie im Laufe der Jahre immer selbstsicherer und hat schliesslich einer ganzen Generation von Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen grundlegende Kenntnisse in allen Problemen der Frauenarbeit vermittelt. Im ganzen erfreuten sich spezifisch weibliche Themastellungen grösseren Interesses als allgemein bildende Referate oder solche, die der Arbeiterbewegung ohne Unterschied des Geschlechtes gewidmet waren. Unter diesen fanden jene das grösste Echo, die den fraulichen Alltag einbezogen. Der Lokalhistoriker Grossrat Joneli hatte mit seinem Referat über die Teuerung wesentlich mehr Erfolg als mit Plaudereien über das alte Basel.<sup>67)</sup> Leider fehlt uns ein Katalog der Bibliotheken der beiden Arbeiterinnenvereine. Es ist jedoch anzunehmen, dass die geistig regsamsten unter den organisierten Arbeiterinnen Basels zu denselben Büchern gegriffen haben, die von der «Vorkämpferin» als *wichtigste Lektüre* der Verbandsmitglieder erwähnt werden. Sie sind so gut wie ausschliesslich deutschen Ursprungs. Dazu gehörten vor allem Bebels Standardwerk «Die Frau und der Sozialismus», Lily Brauns «Frauenfrage» und «Memoiren einer Sozialistin», Adelheid Pops «Jugendgeschichte einer Arbeiterin» und Otto Rühles Buch «Das proletarische Kind». Aber auch Helene Langes bekanntes Werk «Die Frauenbewegung in ihren modernen Problemen» und Clara Zetkins Abhandlung «Zur Frage des Frauenwahlrechts» dürften oft gelesen worden sein.<sup>68)</sup> Noch aber ergriffen die meisten Mitglieder an den Sitzungen selten das Wort.<sup>69)</sup> Es bedurfte jahrelanger Aufklärungsarbeit, bis die Arbeiterinnen imstande waren, die *anerzogene Zurückhaltung zu überwinden* und sich jene Kenntnisse in sozialpolitischen Fragen zu erwerben, die ihnen erlaubten, selbständig in die Diskussion einzugreifen.

Nach den Beschlüssen des Gesamtverbands war die Zweigleisigkeit in der Basler Arbeiterinnenbewegung sinnlos geworden. 1910 nahm die seit 1905 schwelende Krise akute Formen an. Einer von männlicher Seite im Arbeiterbund angeregten Fusion standen persönliche Reibereien entgegen.<sup>70)</sup> Als Basel im Sommer 1911 aber zum neuen Verbandsvorort mit Amtsübernahme auf den 1. Januar 1912 bestimmt wurde,<sup>71)</sup> war der organisatorische Zusammenschluss bei der geringen Auswahl an fähigen Vereinsmitgliedern nicht mehr zu umgehen. Am 29. Januar 1912 wurde die Fusion unter dem Namen «Sozialdemokratischer Arbeiterinnenverein» vollzogen. Erste Präsidentin wurde Frau Vögelin, die schon an der Wiege der Basler Arbeiterinnenbewegung gestanden war. Als Verbandspräsidentin wurde *Frau Schmid*, das prominenteste Mitglied des Stauffacherinnenvereins, gewählt, deren Vater in Uster zur Zeit der Ersten Internationale dem Grütliverein und der Giessergewerkschaft vorge-

standen war, und die vor ihrer Heirat mit einem Steinhauer als Textilarbeiterin das Los der Schlechtestgestellten im Lande kennen gelernt hatte. Neben Marie Wahlen, Tabitha Schaffner, Frau Vögelin, Frau Arnold und Frau Dändliker gehörte die Ostschweizerin, die sich in den neunziger Jahren in Bern unter dem Einfluss Wassilieffs zur überzeugten Marxistin und Atheistin entwickelt hatte, zu den führenden Sozialistinnen im Basel der Vorkriegszeit.<sup>72)</sup>

Nachdem der Parteitag der SPS im Dezember 1911 eine Neuorganisierung der Partei beschlossen hatte, fasste auch der Basler Delegiertentag des Arbeiterinnenverbandes vom Frühjahr 1912 einen entsprechenden Beschluss. Die Sektionen wurden an gehalten, über ihre Lokalorganisationen der SPS beizutreten.<sup>73)</sup> Im Juni 1912 wurde auch im Basler Verein der *Anschluss an die Partei* beschlossen.<sup>74)</sup>

In den letzten Vorkriegsjahren scheint der sozialdemokratische Arbeiterinnenver ein einen neuen Aufschwung genommen zu haben, ohne allerdings wesentlich über eine Mitgliederzahl von 100 hinauszugelangen. Den *Höhepunkt der Basler Arbeiterinnenbewegung* stellte die vom Verband einen Tag *nach dem internationalen sozialistischen Friedenkongress* veranstaltete *Frauenkundgebung* dar. Hatte sich der Basler Sozialdemokratie auf dem Münsterplatz Gelegenheit geboten, Ansprachen der namhaftesten Parteiführer ganz Europas anzuhören, so sprachen nun die berühmtesten europäischen Sozialistinnen im überfüllten Bernoullianumssaal vor einem weiblichen Auditorium, in dem sich nicht wenige Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung befanden.<sup>75)</sup> Auffällig ist, dass seit 1912 die Gattinnen führender Parteimitglieder dem nun eindeutig Farbe bekennenden Verein in grosser Zahl beitraten.<sup>76)</sup> Dadurch nahm die Zahl der *Hausfrauen* immer mehr überhand, nachdem sie schon bisher ungefähr die Hälfte der Vereinsmitglieder ausgemacht hatten.

Im Jahre 1907 trat in Stuttgart der erste internationale sozialistische Frauenkongress zusammen. Anlässlich einer neuen Tagung im Jahre 1910 wurde die jährliche Abhaltung eines internationalen Frauentags beschlossen. In allen Ländern sollte dieser Tag als Demonstration für die Gleichberechtigung der Frau durchgeführt werden.<sup>77)</sup> Der erste *sozialdemokratische Frauentag* fand am 19. März 1911 in Basel statt. 250 Anwesende, vornehmlich Frauen, applaudierten im Grossratssaal begeistert dem Referat der Hauptreferentin, Verena Conzett aus Zürich. In den folgenden Jahren fanden sich unter dem Publikum immer mehr Frauen aus bürgerlichen Kreisen ein.<sup>78)</sup>

Was der sozialdemokratischen Arbeiterinnenbewegung der Vorkriegszeit das Gepräge gab, ist der Umstand, dass sie fast ausschliesslich von Einheimischen und vorwiegend von ehemaligen Arbeiterinnen getragen wurde. Die reservierte, wenn nicht feindliche Einstellung der Universität gegenüber dem Frauenstudium hatte zur Folge, dass kombattante sozialistische Studentinnen und Akademikerinnen die in dieser Hinsicht aufgeschlosseneren Städte Zürich und Bern als Studien- und Aufenthaltsort vorzogen. Das für deren Arbeiterinnenorganisationen so bezeichnende *akademische Element fehlte* der Basler Bewegung vollständig. So blieb ihr denn auch eine Ausstrahlung über den lokalen Kreis versagt.

## *h) Die sozialdemokratische Jugendorganisation*

Wie in andern Schweizer Städten entstand auch in Basel bereits in den neunziger Jahren eine sich zur Sozialdemokratie bekennende Jugendorganisation. So lässt sich für die Jahre 1896/97 eine «Jungmannschaft Vorwärts» nachweisen, die bald nach der Entstehung den Namen «Verein junger Arbeiter» annahm und Mitglieder bis zum vollendeten 28. Altersjahr umfasste. Engere Beziehungen zur Partei scheinen nicht bestanden zu haben. Noch vor der Jahrhundertwende muss der Verein sich aufgelöst haben.<sup>79)</sup>

Eine tragfähige sozialdemokratische Jugendbewegung auf gesamtschweizerischem Boden entstand erst in der unmittelbaren Vorkriegszeit. Ausgangspunkt war der 1900 von Pfarrer Pflüger gegründete «Jungburschenverein Aussersihl». Nachdem auch in andern Ortschaften ähnliche Organisationen entstanden waren, wurde Ende *1906 ein schweizerischer Verband* gegründet. Diesem oblag vor allem die Herausgabe des Verbandsorgans, das nacheinander die Namen «Skorpion», «Der Jungbursche» und «Freie Jugend» trug. Führende Köpfe waren der nachmalige Basler Arbeitersekretär Max Bock und der später in der äussersten Linken eine Rolle spielende Willy Münzenberg.<sup>80)</sup>

Als 18. Verbandssektion wurde am 23. April *1910 der Jungburschenverein Basel gegründet*. Er umfasste Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren, die sehr tiefe Monatsbeiträge zu zahlen hatten.<sup>81)</sup> Unter den Präsidenten der Vorkriegszeit haben Gustav Wenk und Emil Arnold später führende Positionen in der Basler Arbeiterbewegung eingenommen, jener als Sozialdemokrat, dieser als Kommunist. 1912 trat auch eine *Mädchensektion* ins Leben; sie wurde bis 1914 von der Tochter des langjährigen Arbeiterbund-Kassiers Anthony präsidiert.<sup>82)</sup> Eine interne Krise zu Beginn des Jahres 1913 stellte die Existenz des ohnehin nur ein paar Dutzend Mitglieder umfassenden Vereins in Frage. Nach ihrer Überwindung nahm er unter dem neuen Namen «*Sozialdemokratische Jugendorganisation*» einen ungeahnten Aufschwung.<sup>83)</sup>

Dem Aufbau einer Partei-Jugendsektion standen *zahlreiche Hindernisse* entgegen, obschon zu jener Zeit weder Sport noch Vergnügungsindustrie die Jugendlichen im gleichen Masse organisationsscheu machten wie heute. Die gerade damals aufkommende Pfadfinderbewegung, die kirchlichen, bürgerlichen und neutralen Jugendorganisationen bildeten eine übermächtige Konkurrenz. Den Söhnen und Töchtern der weder einer Gewerkschaft, noch der Partei angehörenden untersten Arbeiterschichten wurde vom Vater die Abneigung gegen alle Organisationen eingeimpft. Aber auch bei den Parteigenossen begegnete die Jugendorganisation zunächst unverhohlem Misstrauen, weil man – nicht zu Unrecht – befürchtete, sie könne dem Radikalismus verfallen und damit der Partei Schwierigkeiten schaffen. Da ein grosser Teil der Mitglieder noch im Lehrlingsalter stand, fehlten auch die finanziellen Grundlagen einer erspriesslichen Tätigkeit.

Das *plötzliche Aufblühen* der Organisation *in der unmittelbaren Vorkriegszeit*

dürfte einerseits das Verdienst des ehemaligen Verbandspräsidenten Max Bock gewesen sein, der ihr im Arbeiterbund und in den Gewerkschaften Freunde und finanzielle Unterstützung gewann, anderseits eine Folge der Bemühungen von Lehrern und Studenten wie Gustav Wenk und Simon Brin, der Parteiführung klarzumachen, dass hier Nachwuchs für die Bewegung herangezogen werden könne. Der Erfolg der unermüdlichen Aufklärung blieb nicht aus: Ende 1913 zählte die männliche Sektion 160, die weibliche 15 Mitglieder. 200 ältere Genossen unterstützten die Bewegung als Passivmitglieder finanziell; der Kollektivmitgliedschaft mehrerer Gewerkschaften und Parteivereine kam dieselbe Wirkung zu.

War die Jugendorganisation schon 1912 unentgeltlich und mit Vertretungsrecht in den Arbeiterbund und dessen Bildungsinstitution aufgenommen worden, so blieb zunächst das *Verhältnis zur Partei* noch ungeklärt. Erst kurz vor Kriegsausbruch liess sich auf Grund von sechs Thesen des Agitationsleiters Jakob Herzog ein Modus vivendi finden. Er ordnete die Jugendorganisation der Partei unter, wurden doch deren Beschlüsse als bindend anerkannt und der Parteiführung ein Kontrollrecht zugestanden. Anderseits verpflichtete sich die Partei, die JO moralisch und finanziell zu unterstützen. Die Verbindung stellte ein vom Parteikomitee bestimmter Mentor her, der dem Vorstand der JO mit beratender Stimme angehörte. Anderseits sollten zu Beratungen über Jugendfragen im Parteikomitee Vertreter des JO-Vorstands beigezogen werden. Diesem wurde in corpore das Recht zugestanden, an Parteiversammlungen mit beratender Stimme teilzunehmen. Trotz diesen Massnahmen gelang es der Parteiführung allerdings nicht, die Jugendorganisation auf ihre gemässigte politische Linie festzulegen. So führte diese, allen Warnungen der Lokalpartei zum Trotz, noch Veranstaltungen mit dem syndikalistischen Zürcher Arzt Dr. Brupbacher durch, als er bereits aus der SPS ausgeschlossen war.

*Haupttätigkeitsfeld* der Basler Jugendorganisation war *das Bildungswesen*. Jede zweite Woche fand, meist bei sehr starkem Besuch, ein Vortrag statt, dem sich bewegte Diskussionen anschlossen. Neben den eigenen Mitgliedern traten die Mehrzahl der führenden Parteigenossen und nicht selten Auswärtige als Referenten im Johanniterheim und später im Rebhaus auf. Die Vortragsthemen wiesen ein wesentlich breiteres Spektrum auf als jene der Quartiervereine. Geschichte, Theorie und Taktik der modernen Arbeiterbewegung, wirtschaftliche und sozialpolitische Probleme, naturwissenschaftliche und religiöse Fragen fanden am meisten Anklang, aber auch historische Themen und solche der bildenden und der Dichtkunst stiessen bei fähigen Referenten auf starkes Interesse. Ergänzt wurde diese Vortragstätigkeit durch Besichtigungen von Fabriken und Museen, aber auch durch Diskussionsabende mit anderen, nichtsozialistischen Jugendorganisationen. Besonders intensiv befasste man sich mit der Jugendschutzgesetzgebung und dem Lehrlingswesen, aber auch die Frage des Alkoholismus wurde unter dem Einfluss des sozialdemokratischen Abstinenzvereins leidenschaftlich debattiert.

Wenn die geistig noch unausgereiften jugendlichen Sozialisten unsicher zwischen

einem radikal ausgelegten Marxismus, dem Anarchismus und dem Syndikalismus hin und her schwankten und anderseits von der reformistischen Gedankenwelt und Praxis der lokalen Parteigrössen beeinflusst wurden, so gab es doch *eine* ideologische Grundlage, in der sie sich völlig einig waren: den *pazifistischen Internationalismus*.<sup>83a)</sup> Aus diesem Geiste erwuchsen auch die bedeutendsten äusseren Manifestationen der sozialdemokratischen Jugendgruppe in der Vorkriegszeit: die internationale Jugendkonferenz in der Burgvogtei im Anschluss an den Friedenskongress vom November 1912 und der durch einen grossen Demonstrationszug eingeleitete Verbandstag vom August 1913, an dem Münzenberg und Bock die Verhinderung des Krieges durch die proletarische Jugend zur Hauptaufgabe der Bewegung erhoben. Ein Jahr später erfüllten ein grosser Teil der Demonstranten getreu ihre vaterländische Pflicht.

Die erst spät entstandene Jugendorganisation der Basler Sozialdemokratie hat Entscheidendes zur Aktivierung der politischen Arbeiterbewegung beigetragen und geholfen, die bisherige Scheu vor ideologischen Fragen in der organisierten Arbeiterschaft zu überwinden. Nur ein kleiner Teil der Mitglieder hat allerdings später endgültig den Weg zur SP gefunden. Als in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Parteispaltung Tatsache wurde, schlossen sich viele der ehemaligen Jungburschen der Kommunistischen Partei an, deren Klassenkampfideologie sie im «Rebhaus» schon vor dem Krieg aufgenommen hatten.

### i) *Die Parteifinanzen*

Der Aufstieg der Basler Sozialdemokratie zwischen 1900 und 1914 war weitgehend das Ergebnis einer verstärkten Agitation. Diese aber wurde nur möglich durch eine wesentliche Verbesserung der Parteifinanzen.

Da die Partei in der Vorkriegszeit keine besoldeten Funktionäre besass und sich auch die Beiträge an die Delegierten bei auswärtigen Anlässen in sehr bescheidenem Rahmen hielten, gab sie ihr Geld fast nur für die Werbearbeit bei Wahlen und Abstimmungen aus. Leider besitzen wir darüber nur spärliche Angaben, doch erweisen diese immerhin, dass es sich um beträchtlich höhere Summen handelte als im ersten Jahrzehnt des Bestehens der SP. So beliefen sich z.B. die Kosten für die Grossrats- und Regierungsratswahlen im Frühjahr 1908 auf 2400 Franken, jene der Richterwahlen im Jahre 1910 auf fast 1700 Franken. Die Nationalratswahlen des Jahres 1911 kamen die Partei auf über 3600 Franken zu stehen, die Regierungs- und Grossratswahlen von 1914 auf über 4400 Franken. An die gemeinsamen Kosten für die Nationalratsproporz-Agitation trug die SP annähernd 2000 Franken bei. Die Agitation für die Abstimmung über das Besoldungsgesetz von 1913 verschlang rund 1700 Franken.<sup>84)</sup>

Nach den Statuten von 1901 wurden diese Ausgaben aus den ordentlichen *Beiträgen der Quartiervereine* und der wenigen Einzelmitglieder und aus freiwilligen Beiträgen einzelner Parteigenossen, der übrigen Parteivereine und anderer der Partei nahestehender Arbeitervereine bestritten; dazu kamen eventuelle Erträge aus Parteiveranstaltungen.

Unter diesen Beiträgen machten die ordentlichen im ersten Jahrfünft einen relativ geringen Prozentsatz der Gesamteinnahmen aus. Erst als die Quartiervereine stark zu wachsen begannen und ihre Abgabe an die Partei 1912 von 10 auf 20 Rappen pro Monat und Mitglied erhöht wurde, änderte sich die Lage. 1910 betragen die jährlichen Beiträge der Parteivereine erst 1340 Franken, 1913 bereits 4140 Franken.<sup>85)</sup>

*Freiwillige Beiträge von Einzelmitgliedern* gingen nach entsprechenden Bettelaktionen vor allem nach grossen Wahlaktionen ein, die der Parteikasse jeweils beträchtliche Defizite bescherten. So trug z.B. Levy 1902 185 Franken zur Sanierung der Parteikasse bei, und Wullschleger liess sich die ihm politisch unerwünschte, aber finanziell einträgliche Wahl zum Regierungsrat 200 Franken kosten.<sup>86)</sup> Als die Schuldenlast des Kampfjahres 1905 ein Jahr später immer noch nicht abgetragen war und eine Erhöhung des Mitgliederbeitrags inopportun schien, verpflichteten sich nahezu 100 Parteimitglieder auf drei Jahre zur Zeichnung teils namhafter Beiträge, was der Partei erlaubte, den Kampf um die Ablösung des Freisinns als grösste kantonale Partei 1908 mit Erfolg aufzunehmen.<sup>87)</sup> Für die letzten drei Vorkriegsjahre liegen detaillierte Listen solcher parteiinterner Spenden vor.<sup>88)</sup>

Die Jahresbeiträge waren nach den persönlichen Verhältnissen abgestuft und variierten zwischen 2 und 150 Franken. Die höchsten stammten von Mitgliedern, die der Partei ihr Amt verdankten (Wullschleger, Frei, Gebrüder Blocher) und von den Parteiaadvokaten Knörr und Welti, aber auch die Genossenschaftsfunktionäre trugen wesentlich zur Aufnung der Parteikasse bei.

Nachdem sich die *freiwilligen Beiträge parteinaher Gewerkschaften und Arbeitervereine* in den ersten Jahren nach der Jahrhundertwende noch zwischen 10 und 100 Franken bewegt hatten, überstiegen sie 1910 zusammen erstmals 1000 Franken und wuchsen in den folgenden Jahren noch an. Bei der Kampagne für die kantonale Besoldungsrevision von 1913 übernahm der Staatsarbeiterverband, dem sie zugute kam, einen grossen Teil der Kosten und honorierte die erfolgreichen Bemühungen der Partei im nächsten Jahr mit einem Beitrag von 2100 Franken.

Ende 1913 konnte Parteikassier Kreuter einen Aktivsaldo von annähernd 4300 Franken ausweisen, nachdem noch 1911 die Passiven überwogen hatten. Trotz der hohen Kosten der Wahlagitation vom Frühjahr 1914 betrug der Kassenüberschuss Ende des Jahres 5245 Franken.<sup>89)</sup>

Drei Umstände haben zu dieser für die Partei erfreulichen Entwicklung beigetragen. Von Bedeutung war zunächst die *Reorganisation des Finanzwesens im Jahre 1906*.<sup>90)</sup> Das neue Reglement sah die Bildung eines *Wahlfonds* mit eigener Rechnungsführung vor. Daraus wurden in der Folge die Kosten für die Wahl- und Abstimmungssagitation bestritten, sofern sie 100 Franken überschritten – die Parteikasse durfte dafür nicht mehr in Anspruch genommen werden. Es scheint, dass die freiwilligen persönlichen Beiträge ausschliesslich diesem Fonds zustatten kamen. Wesentlich war zweitens, dass die Elite der Partei weitgehend in gutbezahlte staatliche und genossenschaftliche Ämter aufrückte und dadurch in die Lage versetzt wurde, der

Parteikasse namhafte Beträge zukommen zu lassen. Entscheidend war aber in letzter Instanz das solidarische Empfinden des grössten Teils der organisierten Arbeiterschaft. Der während Jahren treu geleistete freiwillige Beitrag des in der Partei unbedeutenden Posamenters X – eines schlechtbezahlten Familienvaters – in der Höhe von 2 Franken zeugt von einer *Opferwilligkeit der einfachen Parteisoldaten*, die jener der gesellschaftlichen und politischen Elite mindestens ebenbürtig war. Diese Solidarität, die sich erst recht in Arbeitskämpfen bewährte, stellte vielleicht die beeindruckendste Leistung der baslerischen Vorkriegs-Sozialdemokratie dar.

#### *k) Agitation*

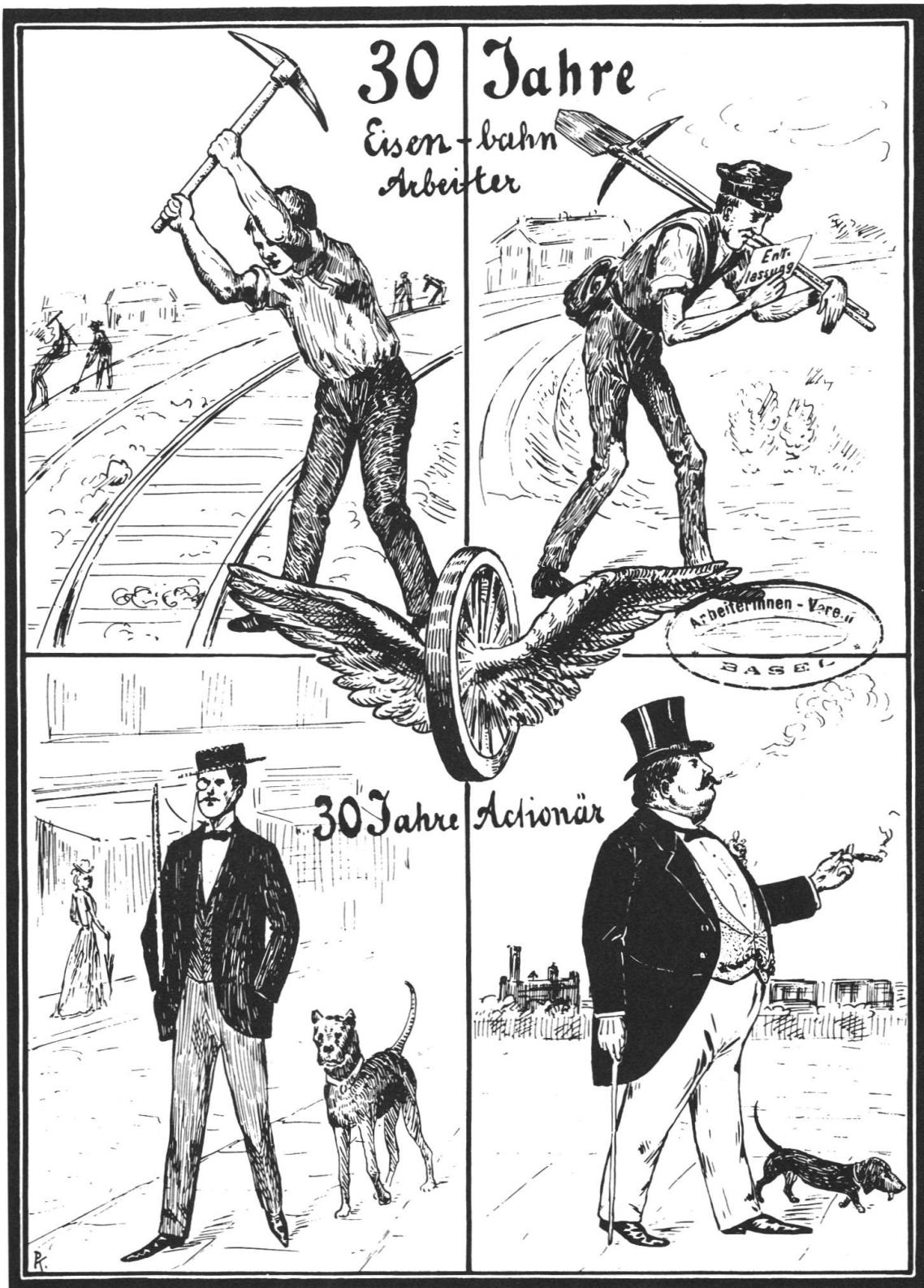
Im Gegensatz zur Honoratiorenpartei ist die zur Massenpartei tendierende politische Vereinigung auf intensive Agitationstätigkeit angewiesen. Diese bezieht sich sowohl auf die Werbung von Mitgliedern wie auf die Mobilisierung des Wahl- und Stimmvolks.

Zur *Gewinnung neuer Mitglieder* bediente sich die SP Basel nach der Jahrhundertwende fast ausschliesslich der Quartiervereine. Dabei kamen verschiedenartige Taktiken zur Anwendung. Hauptmittel war die Hausagitation. Die Quartiervereine verschafften sich durch den Arbeiterbund die Mitgliederlisten der Gewerkschaften oder durch das Kontrollbüro die Listen der neu aufgenommenen Bürger, erstellten daraus einen Quartierauszug und suchten die für die Organisation in Frage kommenden Arbeiter in ihrer Wohnung auf. Zwischen Gewerkschaften und politischen Quartiervereinen wurde oft Agitation auf der Grundlage der Gegenseitigkeit vereinbart. So hielt der Horburg-Quartierverein seine in der chemischen Industrie tätigen Mitglieder an, dem Fachverein der Chemiearbeiter beizutreten, während dieser seine politisch noch nicht organisierten Mitglieder ermunterte, sich der Quartierorganisation anzuschliessen. Diese Grundform der Mitgliederwerbung wurde häufig durch Werbezirkulare der Quartiervereine oder durch das Verteilen von Spezialnummern (etwa der 1. Mai-Nummer) des «Vorwärts» ergänzt. Oft hatte eine intensive Wahlagitation den Beitritt zahlreicher neuer Mitglieder zur Folge, so besonders im Winde der erfolgreichen Grossratswahlen von 1908 und 1911.<sup>91)</sup>

*Das Hauptgewicht der politischen Agitation im engern Sinn lag bei den Wahlen*, wo bei den Nationalrats- und Grossratswahlen das grösste Gewicht zukam. Das auffälligste Kennzeichen bei der Vorbereitung dieser politischen Grossanlässe war der frühe Beginn der ins Auge gefassten Massnahmen. Erste Besprechungen fanden im Parteikomitee oft schon ein halbes Jahr, in den Quartiervereinen – die neben dem Zentralwahlkomitee die grösste Tätigkeit entfalteten – spätestens zwei Monate vor den Wahlen statt. Hatte man in früheren Jahren noch viel dem Zufall und der Initiative einzelner besonders aktiver Mitglieder überlassen, so wurde vor allem *seit 1908 ein ausgeduldetes Agitationssystem* ausgearbeitet, das für die Quartiervereine mehr oder weniger verpflichtend war. Als *Modell* soll hier die Vorbereitung der *Wahlen von 1911* dargestellt werden, die der Partei einen durchschlagenden Erfolg brachten.

Im Hinblick auf die am 6./7. Mai stattfindenden *Grossrats- und Regierungsratswahlen* bestimmte die Parteiversammlung vom 8. Februar 1911 ein fünfundvierzigköpfiges Wahlkomitee. Gleichzeitig mit diesem führten die Quartiervereine in den nächsten beiden Wochen erste Besprechungen bezüglich der einzuschlagenden Taktik durch, wobei die Koordination sich durch die Vertreter der Quartiervereine im zentralen Wahlkomitee von selbst ergab. Anfang März wurde das agitatorische Vorgehen zwischen den Quartiervereins-Delegierten der beiden Parteibezirke abgesprochen. In den einzelnen Quartiervereinen wurde der Einzugsbereich in Strassenabschnitte eingeteilt. Wo nicht schon ständige Agitationsausschüsse bestanden, entstanden nun solche meist auf der Grundlage der Freiwilligkeit. Fast zwei Monate vor den Wahlen setzte die öffentliche Agitation ein. Sie erfolgte gleichzeitig auf zentraler wie auf quartiermässiger Basis. Während das Parteikomitee einen Wahlaufruf und eine Broschüre allen Wählern ins Haus schicken liess, fertigten die Quartiervereine eigene Flugblätter an, liessen sie – vornehmlich durch Arbeitslose, die dafür ein Entgelt erhielten – verteilen und setzten durch Mitglieder der Agitationskommission mit der persönlichen Werbung ein, wofür ihnen durch das Parteikomitee besorgte Wählerverzeichnisse zur Verfügung standen. In einzelnen Quartieren wurde dieses Vorgehen durch gezielte Aktionen ergänzt, so im Spalenquartier durch ein von Joneli verfasstes Rundschreiben an die Staatsangestellten des Einzugsgebiets. Öffentliche Wahlversammlungen, vornehmlich mit lokalen Parteigrössen, und Wahlpropaganda im «Vorwärts» beherrschten im April das Parteileben fast vollständig. Da die Wahl auslagen der Quartiervereine ausschliesslich von diesen selbst bestritten werden mussten, lagen vom Februar an bei allen Parteiveranstaltungen Listen für freiwillige Beiträge auf.<sup>92)</sup>

Die Vorarbeiten für die *Nationalratswahlen* vom 28./29. Oktober 1911 begannen bereits im Spätsommer. Wir beschränken uns hier auf die Tätigkeit des grössten Quartiervereins, der einmal mehr von Eugen Wullschleger präsidiert wurde. Um nichts dem Zufall zu überlassen, legte dieser dem Horburg-Quartierverein Ende August ein Agitationsreglement vor, das ein für allemal den ad hoc-Massnahmen ein Ende bereiten und ein Arbeiten auf weite Sicht ermöglichen sollte. Die Mitgliedschaft nahm es am 12. September an. Gleichzeitig wurde ein Agitationsausschuss unter dem Präsidium des erprobten Josef Heinzer bestellt. Gemäss dem neuen Reglement gehörten ihm vor allem bewährte Vertrauensmänner an; offenbar hatte man mit dem Prinzip der Freiwilligkeit nicht nur gute Erfahrungen gemacht. Das Quartier wurde in acht Agitationsbezirke mit je einem Obmann und Stellvertreter, jeder Bezirk in mehrere Kreise aufgeteilt; diesen wurden die Einzelagitatoren zugewiesen. Noch im September fanden Koordinationsgespräche mit den beiden andern Kleinbasler Quartierorganisationen statt. Auch vereinbarte man einen Schlüssel für die Verteilung der gemeinsamen Wahlauslagen. Anfang Oktober wurden die ersten Wahlplakate in Wirtschaften und Coiffeurgeschäften angeschlagen. Mitte des Monats erfolgte die Verteilung eines ersten Flugblatts, gleichzeitig setzte die intensive per-



30 Jahre Eisenbahn-Arbeiter, 30 Jahre Actionär. Aus: *Der neue Postillon, Humorist./Satir. Arbeiterwitzblatt, September 1899*

sönliche Hausagitation ein. Kurz vor den Wahlen folgten sich die Aktionen Schlag auf Schlag: Verteilen der Agitationsnummer des «Vorwärts», zweites Flugblatt und Kleinbasler Wahlversammlung mit dem bereits legendären Herman Greulich. An den Wahltagen selbst sorgte ein genau vorbereiteter Schlepperdienst für die Mobilisierung der letzten Reserven; vor den Wahllokalen postierte Vertrauensleute versuchten, vor allem auf Unentschuldene einzuwirken.<sup>93)</sup>

Es kann kein Zweifel bestehen, dass die SP ihre steigenden Wahlerfolge im Jahrzehnt vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs weitgehend der intensiven und immer besser geplanten Agitation verdankte. Es gehörte dazu viel Opferwilligkeit der einzelnen Aktivisten, die während Wochen auf ihre ganze so spärlich bemessene Freizeit verzichteten. Gelegentlich nahm man auch zu recht spektakulären Mitteln Zuflucht. So konzertierten etwa die Arbeiter-Musikgesellschaften an Wahlsonntagen in den Straßen der Stadt. Bei Wahlversammlungen wurden ab und zu – zur geringen Freude der Kassiere von Partei und Quartiervereinen – Freibier ausgeschenkt, bis die prominenten Abstinenten unter den Parteimitgliedern diesem Unfug ein Ende setzten. Mochten solche Formen der Wahlagitation bei manchem Bürger Kopfschütteln verursachen, so erregten sie doch weniger Aufsehen als die *brandroten Wahlplakate*, die wesentlich mehr zur Verketzerung der Sozialdemokratie beigetragen haben dürften als die tatsächliche Politik der Partei, die sich – nach erfolgter Wahl – durchaus im Rahmen konstruktiver Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien bewegte.

### 1) Die letzte Statutenänderung der Vorkriegszeit (1914)

Die Statuten vom 5. März 1901 hatten sich in den kampferfüllten Jahren nach der Jahrhundertwende durchaus bewährt. Sie hatten der Partei ein starkes Anwachsen der Mitgliederzahl und bedeutende politische Erfolge gebracht. Die enge Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung und damit mit der ausländischen Arbeiterschaft hatte zwar zeitweise zu beträchtlichen Reibungen geführt, erwies sich aber seit der Übernahme des Arbeitersekretariats durch den Lokalpolitiker Adolf Gass als vorteilhaft für die ganze Bewegung.

Wenn die SP es dennoch für nötig empfand, 1914 neue Statuten auszuarbeiten, so war dafür nicht in erster Linie die Anpassung an die Statuten der SPS von 1912 ausschlaggebend, beschränkte sich diese doch im wesentlichen auf finanzielle Fragen. Entscheidend war vielmehr, dass sich das 1901 eingeführte Prinzip der *Parteibezirke nicht bewährt* hatte. Der Jahresbericht für das Jahr 1907 stellte fest, dass auch dieses Jahr in den Parteibezirken keine Versammlungen stattgefunden hätten, und knüpfte daran die Frage, ob die Einrichtung solcher Bezirke überhaupt noch sinnvoll sei.<sup>94)</sup> Tatsächlich bestanden in der Parteiorganisation genügend Instanzen, die imstande waren, die notwendige Koordinierung zwischen Parteivereinen und Parteiführung vorzunehmen; zudem absorbierten die Bezirksorgane eine Anzahl Kräfte, die der Partei in andern Ämtern wertvollere Dienste hätten leisten können.

Der neue Entwurf wurde der Parteiversammlung erstmals im Januar 1914 vorgelegt, am 8. Juli von ihr genehmigt und am 9. September – nach Kriegsausbruch – von der Geschäftsleitung der SPS sanktioniert.<sup>95)</sup>

Die neuen Statuten unterschieden sich von jenen des Jahres 1901 nur in unwesentlichen Punkten, wenn man von der Aufhebung der Parteibezirke absieht: *Die Prinzipien der indirekten Struktur, der demokratischen Willensbildung, der Dezentralisation und der Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung blieben unangetastet.* Als zusätzliches Organ der nun bewusst als Verband bezeichneten Parteiorganisation wurde die Fraktion sozialdemokratischer Bürgerräte der Partei eingegliedert. Die Bedeutung der Parteiversammlung als Souverän wurde gegenüber 1901 noch unterstrichen, dabei allerdings bindende Beschlüsse der SPS vorbehalten. Für eine *optimale Koordination* war dadurch gesorgt, dass den Sitzungen des Parteivorstands die Redaktoren des Parteiblatts, Vertreter des Arbeitersekretariats und des Ausschusses des Arbeiterbunds sowie die Präsidenten der Grossrats- und Bürgerratsfraktion mit beratender Stimme beiwohnen sollten. Vertrauensmänner-Versammlungen waren vom Parteivorstand nur dann einzuberufen, wenn er dies zur Vorbereitung und Durchführung einzelner Geschäfte für zweckmäßig hielt. Dieses Zwischenglied zwischen Parteivolk und Parteiführung hatte sich bisher als wenig wirksames Instrument des Parteilebens erwiesen, nicht zuletzt wohl deshalb, weil es auf der Grundlage der nicht lebensfähigen Parteibezirke aufgebaut gewesen war. Die neuen Statuten sahen nun als Basis die Parteivereine vor, die je drei Vertreter, worunter zwei Vorstandsmitglieder, in die Vertrauensmänner-Versammlung zu delegieren hatten. Dadurch dass der Parteivorstand in *globo* an diesen Versammlungen teilzunehmen hatte, war ein neues Bindeglied zwischen Parteispitze und Parteibasis geschaffen.

Gleichzeitig mit den neuen Statuten wurde ein Versammlungsreglement der SP geschaffen. Wesentlichster Punkt darin war die Bestimmung, dass zum Besuch aller nicht ausdrücklich als öffentlich erklärten Anlässe das Mitgliederbuch vorgewiesen werden musste. Damit wurde das bisher mit wenigen Ausnahmen hochgehaltene Prinzip der Politik der offenen Türe aufgegeben: ein neues Symptom des sich verhärtenden politischen Kampfes.

#### 4. Kapitel: *Der Arbeiterbund im Zeitalter des Hochklassenkampfs, 1900–1914*

##### *a) Mitgliederbewegung*

Um die Jahrhundertwende zählte der Arbeiterbund Basel in 39 Vereinen (31 gewerkschaftlichen Fachvereinen, zwei Frauenvereinen und sechs politischen Vereinen) *rund 2500 Mitglieder*.

Sogleich nach dem Amtsantritt entfaltete Arbeitersekretär Dr. Wassilieff eine intensive Agitationstätigkeit mit *doppelter Zielsetzung*: alle dem Arbeiterbund noch